

Kemberger Zeitung

vormal's General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint in der Regel dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. — Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreise: Monatlich für Abnehmer 1,25 M., durch Post ins Haus gebracht in Remberg 1,35 M., in den Kantoren 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalts, Betriebsstörung, Streik u. dgl. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Zeitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklameseile 40 Pfg., Ausbunftsgebühr 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Werbungen und drucklich gezeichnete oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Beilagengebühr: 10.— Mkt. das Laubend, zusätzlich Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 125

Dienstag, den 22. Oktober 1929

31. Jahrg.

Neues in Kürze.

* Bundeskanzler Brüder sprach in der österreichischen Nationalversammlung über die projektierte Vereinigungsänderung, die von den Sozialdemokraten scharf bekämpft wird.

* Der deutsche Außenhandel ist auch im Monat September und damit mit der Summe von 93 Millionen ohne Exportsteigerungen geblieben.

* Amerikas Präsident Hoover hat seine schärfste Mißbilligung wegen der Verringerung der böhmischen Hilfsleistung ausgesprochen.

* Nach Ansicht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung muß mit einer Erwerbslosenzahl bis zu zwei Millionen im kommenden Winter gerechnet werden.

Oberschlesien von heute.

In Zusammenhang mit der Politik, die gesamten Kriegstragen zu liquidieren, wird Deutschland und die Welt gerade in diesen Tagen auf jenen Nachspruch gelenkt, den vor acht Jahren der Völkerbund „unter Berücksichtigung der Willensänderung der Einwohner sowie der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ortsteile“ zur Bestimmung der deutsch-polnischen Grenze stellte. Dieser Spruch ließ den Bevölkerungswillen unberücksichtigt und entschied nur nach den politischen und wirtschaftlichen Wünschen Polens und seines französischen Verbündeten. Damit wurde der bedeutendste Teil Oberschlesiens an Polen abgetrennt.

Diese Mißbilligung auf wirtschaftliche Notwendigkeiten und Zusammenhänge reißt die in Genf festgelegte Grenze Ortschaften, Industrie- und Wirtschaftsanlagen, Verkehrswege, landwirtschaftlichen Besitz, den Bergbau sowohl über wie unter Tage mitten auseinander, trennt sogar oft den Felderbesitz vom Wirtschaftszentrum los. Den deutschen Unternehmern in Genf gelang es nur mit Mühe, weitere Verkaufspläne der Polen zu vereiteln. Besonders am den wertvollsten Besitz der Selbstindustrialen, am das Stiefel der Königin-Luise-Graben, der Fiedlerstraße-Grube, das Weichfeld der Bleischiefer-Grube, Teile der Radzionkau-Grube mußte häufig getämpft werden, um den deutschen Anspruch durchzusetzen.

Um die Folgen des Grenzrennungsschnittes zunächst nicht so furchtbar werden zu lassen, haben die Vertreter der Genfer Note versucht, durch eine Reihe finanzieller Bestimmungen in den Bestimmungen vom 15. Mai 1922 über die Fragen der Staatsangehörigkeit, des Wohnortes der Wanderarbeitenden des Zoll-, Finanz- und des gesamten Verkehrswezens ein gemeinsames Wirtschaftsleben für die Dauer von 15 Jahren in beiden Teilen Oberschlesiens zu erhalten. Diese Schutzmaßnahmen sind von der Warschauer Regierung nicht eingehalten worden, aus nationalpolitischen Gründen waren die Polen vielmehr bestrebt, auf schnellstem Wege möglichst alle Beziehungen und Verbindungen des polnisch gewordenen Bezirks mit Deutschland zu lösen. Es erreichte durch einen rigorosen Zwang zur Entlassung deutscher Arbeitskräfte in kurzer Zeit, daß man von einer deutschen Industrie in Ost-Oberschlesien nur noch bedingt sprechen kann.

Auf beiden Seiten der Grenze sind es besonders die Eisen- und Zinkindustrie, die durch den Trennungsschnitt in ihrem Lebensnerv getroffen wurden. Besonders scharf trifft sich der Widerstand dieser Grenzregionen ist die Lage der an Polen gefallenen Kohlengruben. Polen hat für die Gesamtbevölkerung dieser Gruben weder Verwendung noch Absatzmöglichkeiten. Deutschland wurde daher gezwungen, einen großen Teil der Förderung dieser Gruben für eine Reihe von Jahren abzunehmen. Jetzt verdrängt Polen, im Rahmen der schon seit Jahren geführten deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen von Deutschland die Zulieferung der Abnahme eines jährlichen Kohlenkontingents bis zu 6 Millionen Tonnen zu erreichen, obwohl Deutschland nach Neuorganisation des westerschlesischen Kohlengebietes dafür keinerlei Verwendung hat. Auch für die übrigen ober-schlesischen Industrien, wie die Zement-, Kalk-, keramische Holz- und Papierindustrie hat der Genf Schnitt überaus nachteilige Folgen gehabt. In gleicher Weise wurden die Handelsbeziehungen Oberschlesiens durch die Teilung betroffen. Beiden Teilen des ober-schlesischen Gebietes wurde durch die Grenzziehung das Hinterland genommen. Die Stadt die Grenzregionen des Hinterlandes wurden von polnischen Ausland eingeschlossen und dadurch in ihrer wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit völlig befristet.

Daneben hat dieser Genf Nachspruch verkehrspolitisch geradezu katastrophal gewirkt. Durch die neue Grenze wurden nicht weniger als 16 Haupt- und Nebenstraßen, 9 Eisen- der Schmalspurbahn und 6 Privatanschlußgleise durchschnitten. An einer Stelle teilt die Grenze ein Gleispaar mitten durch, so daß es für beide Teile unbrauchbar ist. Umfangreiche Erweiterungsarbeiten, Gleisumlegungen, bauliche Neuanlagen mußten durchgeführt werden. Ein Kapitel für sich bildet dabei die Korridorfrage. Von der Komplexität und wirtschaftlichen Widerinnigkeit der neuen Grenze kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß auf einer Länge von 95 Kilometern die

Grenze nicht weniger als 61 Zollämter mit 470 Beamten aufweist, während zur Bewandung der früheren deutschen Reichsgrenze gegen Polen in einer Ausdehnung von 31,5 Kilometer 21 Zollämter mit 100 Beamten genügt. Die durch die Zerstückelung der ober-schlesischen Wirtschaftlichkeit hervorgerufenen Schwierigkeiten wurden noch durch den ungeheuren Zustrom von Flüchtlingen vergrößert, die durch fortgesetzte Terrorakte der Polen ihre oft-oberschlesische Heimat verlassen mußten und im deutsch-gebliebenen Gebiet die Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit noch verschärften.

Auch den Polen bereitete der ihnen zugefallene Teil Oberschlesiens keine reine Freude. In den ersten anderthalb Jahren ging es zwar der ost-oberschlesischen Wirtschaft infolge der deutschen Inflation und des starken Bedarfs Deutschlands wegen der Abführung seiner reichsten Kohlen- und Eisenquellen wie auch als Folge der Aufzucht- und in Auswirkung der Genf Konvention über das Sonderrecht einer dreijährigen Zollfreien Einfuhr nach West-Oberschlesien ganz gut. Als Deutschland aber seine Valutafikale überwinden hatte und von 1924 ab seine Wirtschaftswirtschaftliche festigte und von 1924 ab seine polnische Produkte mit dem 14. Juni 1925 aufhörte, trat der Zusammenbruch der ost-oberschlesischen Wirtschaft mit geradezu katastrophalem Ernst ein. Arbeiterentlassungen und Betriebsstillegungen waren die Folge, da die Aufnahmefähigkeit des polnischen Marktes äußerst gering blieb. Der reißende Zusammenbruch konnte nur durch die hereinnehmende ausländischen Kapitals und Ueberführung zahlreicher Werte in ausländische Hände verhindert werden.

Wenn sich der Gedanke der Liquidierung der Kriegstragen allgemeiner durchsetzen sollte, dann müßten die Staatsmänner der führenden Mächte Europas sich in erster Linie mit der Frage befassen, auf welchem Wege das vor acht Jahren beschlossene Unrecht an Ost-Oberschlesien und Deutschland wieder gutgemacht werden kann.

„Anfänger und persönlicher Angriff“.

Der Reichspräsident gegen den Paragraphen 4 des Volksbegehrens.

— Berlin, 18. Oktober.

Am 18. Oktober wird mitgeteilt: Im Laufe des heutigen Vormittags nahm der Herr Reichspräsident Gelegenheit, den Paragraphen 4 des Volksbegehrens, welcher Reichsanstalt und Reichsminister, die den Vorschlag oder ähnliche Verträge abschließen, unter die Vorlage des Landesvertrats stellt, als einen unzulässigen und persönlichen politischen Angriff zu bezeichnen, den er gebührend verurteilt. Der Herr Reichspräsident ersuchte den Reichsanstalt, hiervon den Mitgliedern des Reichskabinetts Kenntnis zu geben.

Bekanntlich war von Gegnern des Volksbegehrens gerade dieser Paragraph auch als gegen die Verlor des Reichspräsidenten gerichtet bezeichnet worden, worauf der Reichspräsident sich veranlaßt sah, den Eintrag durch Einfügung des Wortes „deren“ abzuändern, daß der Landesverrat nur Reichsminister und derer Bevollmächtigte betreffen sollte. Im Hinblick auf obige Erklärung Hindenburg wird mitgeteilt, der intrinierte Paragraph beziehe sich nur auf die Zukunft, aber nicht auf die Vergangenheit, er stelle keineswegs Minister unter Strafe, die bereits abgeschlossene Verträge getätigt hätten.

Eine ernste Mahnung.

Präsident Kaas über die politische Lage.

— Dortmund, 19. Oktober.

In einer großen, stark besetzten öffentlichen Versammlung sprach der Vorsitzende der deutschen Zentrumspartei, Präsident Kaas, über die politische Lage. Die Gedanken gingen seiner ausführlichen, die wesentlichen Grundprobleme der inneren und außenpolitischen Gegenwartsvorfälle behandelnden Rede hin im wesentlichen folgende:

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dann steht uns ein Winter von tiefsten Spannungen und heftigen politischen Kämpfen bevor.

Statt uns in einer bloßen bewußter Einigungsbestrebungen zu finden, trifft er uns in einem Zustand innerer Zerrissenheit und Zerküftung, wie wir ihn seit Jahren in diesem Ausmaß nicht zu verzeichnen hatten. Charakteristisch ist der Mangel einer innerlich ausgeglichene Regierung. Mehr als je richten wir mit Nachdruck die Aufforderung an die führenden Inhaber der Regierungsgewalt, sich der Verantwortung bewußt zu sein, die die Leitung der Regierungsgeschäfte von ihnen fordert. Zu diesem Zweck muß jede in der Regierung vertretene Partei

den Mut zur Sachlichkeit und Unpopulartät

welter entwickeln, als es beispielsweise die Sozialisten in der jüngsten Vergangenheit getan haben. Weshalb hat auch die Deutsche Volkspartei die Forderungen aus ihrer Regierungsbeteiligung nicht immer gradlinig gezogen. Das Unberiebende dieses Zustandes wird verhärtet durch die

Daltung der sogenannten nationalen Opposition und durch die Verleinerung, in die sie durch den „Kurs Eugenberg“ geraten ist.

Die Zentrumspartei hat in harter Erkenntnis ihrer vaterländischen Pflicht sich entschlossen, trotz harter kritischer Einstellung in den Einzelheiten ihre politische und einschlägliche Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen.

Wir halten es für ein unbedingtes Erfordernis einer nicht zu lernen Zukunft, Sicherungen dafür zu schaffen, daß die verantwortliche Arbeit einer einmal gebildeten und durch das Vertrauen des Parlaments befristeten Regierung nicht durch jeden Stimmungsumschwung

innerhalb der Regierungsparteien gehemmt wird. Durch das Volksbegehren hat der Kampf um das Ergebnis von Paris und dem Gang allmählich Formen angenommen, die für den inneren Zusammenhalt des deutschen Volkes und eine wahrhaft nationale Außenpolitik verberend wirken müssen. Wie kann man glauben, die außenpolitischen Chancen seines Volkes dadurch zu verhehlen, daß man in vielfach bestehender, je höherer Stufe die überwiegende Mehrzahl dieses Volkes in seiner vaterländischen Gesinnung anzuweilt und ihm bezeugt, daß es laßlich den Tatbestand des Landesverrats verurteilt?

Ein Kreuzweg ist das vergangene Jahrzehnt gewesen, aber kein Irrweg.

Die Liquidation des Krieges ist im Gange, aber noch nicht beendet; wesentlich Restbestände sind noch zu liquidieren. Ich denke dabei vor allem an die deutsche Saar. Eine schnell entschlossene Geleite würde dem Gebirge einer positiven und weit ausgreifenden deutsch-französischen Zusammenarbeit Spinnale geben, deren Nachhaltigkeit niemand unterschätzen kann.

Beamtener und Volksbegehren.

Das Disziplinarverfahren gegen Bierbach eingeleitet.

— Berlin, 19. Oktober.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wird gegen den Regierungsrat Bierbach in Düsseldorf, der hinsichtlich verdinglich erscheint, die ihm durch sein Amt auferlegten Pflichten verlegt zu haben, auf Grund des Gesetzes über die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Entlassung aus dem Amt eingeleitet und gleichzeitig auf Grund des Disziplinargesetzes die sofortige Suspension vom Amt verfügt. Ein entsprechendes Gesetz ist vom preussischen Innenminister Erzevitzki und vom Finanzminister Süßner-Knapp, der in diesem Falle mit zuständig ist, dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf übermittelte worden.

Regierungsrat Bierbach hatte einen Antrag für das Volksbegehren unterbreitet.

Eine neue Gefahr.

Der kommende Winter und die Erwerbslosennot.

— Berlin, 20. Oktober.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat festgestellt, daß in diesem Winter durchschnittlich mit 1,65 Millionen, wahrscheinlich sogar mit 1,8 Millionen Arbeitslosen gerechnet werden muß.

Diese peinliche Mitteilung läßt nun unwillkürlich daran denken, daß bei den Arbeitslosenverhandlungen immer nur als Höchstgrenze der Erwerbslosen im Winter die Zahl von 1,1 Millionen genannt worden war, auf der sich dann auch die vorgelegene Zahl von 68 Millionen Reichsbarein für die Reichsanstalt aufbaute. Es werden also ganz erheblich höhere Anforderungen an den schwachen Staatsfiskus gestellt werden müssen, und es erhebt sich durchaus fraglich, ob die heute genannte größere Zahl von 250 Millionen überhaupt genügen wird.

Diese Situation, die noch beträchtlich sich verschlimmern kann, gibt allen zu denken, die an der Arbeitslosenreform gearbeitet haben, und sie läßt erkennen, daß

der Abbau der Verschwendung

viel zu milde und oberflächlich gehandhabt wurde. Auch wenn der Reichstag sich entschließen sollte, die einhalbprozentige Erhöhung der Beiträge vorzunehmen, kann das Reich nicht wesentlich entlastet werden.

Denn diese Erhöhung kommt für alle Fälle zu spät.

Man hat aber noch eins zu erwägen: Die Wirtschaftslage ist in diesem Winter unbedingten schlechter als im Vorjahre.

Der Konjunktur geht sichtbar zurück.

Isst wenn einige Banken in ihren Berichten Optimismus hegen, haben wir einen kranken Winter, so ist es sicher, daß nicht weniger die Zahl von 1,8 Millionen Arbeitslosen hinreißt, sondern wie im Vorjahre mindestens 2 Millionen durch das Reich unterhalten werden müssen.

Die angeleitete Reformarbeit,

die besorgt, die angeleitete Erparungen, die Ueberweisung aus dem Youngplan, alles wird von dem jetzigen Defizit der Reichs- und den Arbeitslosen aufgeschoben. Rein finanziell wird übrig bleiben, um wirtschaftliche Reformen durchzuführen oder gar Steuern abzubauen. Als ob man das aber nicht schon in diesem Frühjahr hätte übersehen

müssen! In den Debatten, die uns ja noch allen geläufig sind, hat man dieses Wort so deutlich gemacht, aber nichts getan, um Abhilfe zu schaffen.

Die endlosen Beratungen über die Arbeitlosenversicherung stehen schon viele verregert beiseite; lauen; die Befähigung dessen, was man lesen und verstehen möchte, aber wird die Einigung zu machen gegen eine Partei-Verfassung, die nicht die Kraft fand, das Notwendige für die Allgemeinheit über Parteibogma und Interessenspolitik zu stellen.

Dabei waren im Frühjahr, als es sich herausstellte, daß die Zuschüsse des Reiches für die Arbeitslosenversicherung nicht nur den Etat, sondern die ganzen Reichseinkünften in Anordnung bringen mußten, alle Parteien der Überzeugung, daß es unter keinen Umständen so weiter gehen könne. Und das Ergebnis?

Steigender Ausfuhrüberschuß.

Der deutsche Außenhandel im September.

— Berlin, 20. Oktober.

Im September 1929 betrug die Einfuhr im reinen Warenverkehr 1038 Millionen Reichsmark, die Ausfuhr einschließlich der Reparationslieferungen 1204 Millionen Reichsmark. Das statistische Reichsamts errechnet somit einschließlich der Reparationslieferungen einen Ausfuhrüberschuß der Handelsbilanz im September von 166 Millionen Reichsmark, der den Ausfuhrüberschuß im August (118 Millionen Reichsmark) um 48 Millionen Reichsmark übersteigt. Die Reparationslieferungen belaufen sich wie im Vormonat auf 67 Millionen Reichsmark. Der tatsächliche Ausfuhrüberschuß, bei dem die Reparationslieferungen abgezogen sind, beträgt aber nur 99 Millionen Reichsmark gegenüber 51 Millionen Reichsmark im Vormonat.

Die Einfuhr ist gegenüber dem August um 34 Millionen Reichsmark zurückgegangen, und zwar hat die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen nachgelassen, während diejenige von Fertigerwaren und Halbfabrikaten während der Ausfuhrleistung gegenüber dem Vormonat um 14 Millionen Reichsmark mehr Lebensmittel, vorwiegend Getreide, betrug, dagegen ist die Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren sowie die von Fertigerwaren leicht zurückgegangen.

Die Entschädigung wegen Dpplern.

Und das Reich ... ?

— Berlin, 19. Oktober.

Vor einigen Tagen wurde berichtet, daß der Vertreter der Rebenkette im Dppler Theaterprozess für die bei den bekannten Dppler Vorfällen verletzten polnischen Schauspieler eine Entschädigung in Höhe von — einer Million Mark fordern wird. Der polnische Anwalt, wo verurteilt, durch die Warschauer Regierung auf diplomatischem Wege bei der Reichsregierung erhoben werden.

In Oberschlesien hat diese polnische Schadenersatzforderung große Entzückung hervorgerufen. Mit Scheltzung weist man in weiten Kreisen der ober-schlesischen Bevölkerung darauf hin, daß es ganz und gar unangebracht sei, eine etwaige gerechtfertigte Entschädigung mit den von deutscher Seite zu fordernden Entschädigungen für polnische Angriffe auf Reichsdeutsche aufzurechnen.

Es liegen da nämlich noch unerledigt verschiedene Fälle vor, wo die polnische Regierung für auf deutschem Boden von polnischen Grenzorganen getötete Reichsdeutsche jegliche Entschädigung abgelehnt hat. So wurde im Herbst des vorigen Jahres der deutsche Arbeiter Heimlich aus Hindenburg in Oberschlesien von polnischen Grenzpolizisten ermordet, desgleichen der Arbeiter Romak aus Hindenburg im Frühjahr 1929. Romak hinterließ fünf unverheiratete Kinder. Von polnischer Seite wurde gegenüber den Entschädigungsforderungen geltend gemacht, daß es sich um Schmuggler gehandelt habe. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Betroffenen sich bereits auf deutschem Boden befanden und jeder Beweis dafür, daß sie bebenden sich mit Schmuggel befaßt hätten, fehlte. Zu erwähnen ist auch der Fall des deutschen Schichtmetallarbeiters Michalski, der im September auf einem Spaziergang an der deutsch-polnischen Grenze bei Schönwald im Kreise Gleiwitz von polnischem Boden her erschossen worden ist. Was belegen gegenüber vielen drei Toten die Schammen und sonstigen kleinen Verletzungen, welche die polnischen Schau-

spieler in Dpplern erlitten! In allen diesen Fällen soll übrigens die geforderte Entschädigungssumme nur die Höhe von je 20000 Mark erreicht haben.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist es selbstverständlich vollkommen ausgeschlossen, daß seitens des Reiches den Polen für die Dppler Vorfälle eine Entschädigung in Höhe von über 1 Millionen Mark ausbezahlt werden wird. Man weiß auf jenseitiger Seite darauf hin, daß die polnischen Entschädigungsforderungen offenbar auf der Grundlage der von dem Warschauer polnischen Arzt ausgehenden Krankenatteste zustande gekommen sind. Dieser polnische Arzt hat aber bekanntlich in dem Prozess selbst eine sehr unrichtige Rolle gespielt, weil er auch solchen Personen ihre in Dpplern erlittenen „gesundheitslichen Entschädigungen“ attestierte, die überhaupt nicht angegriffen worden waren.

Wenn da zum Beispiel ein Musiker, weil er vorgibt, sein Instrument nicht mehr richtig halten zu können, eine kapitalisierte Rente von 400 000 Mark beanprucht, so wird man wohl in Polen selbst im Ernst nicht erwarten, daß das Reich eine solche Forderung bewilligt. Jedenfalls bestehen deutsche Gegenrechnungen für Dpplern in großer Zahl, und man ist auf deutscher Seite gewillt, bei der Regelung der ganzen Angelegenheit auf diplomatischem Wege davon Gebrauch zu machen.

Die Bombenanschläge-Angelegenheit.

Aufhebung von sechs Haftbefehlen.

— Berlin, 20. Oktober.

In der Voruntersuchungssache wegen der Sprengstoffanschläge sind die gegen die Mitglieder der sogenannten Thimn-Gruppe, Ernst Thimn, Herbert Nittelsdorf, Kurt Köhlschütter, Heinrich Rauber und Willy Wilske erlassenen Haftbefehle vom Untersuchungsrichter aufgehoben worden. Der Untersuchungsrichter erachtet den gegen sie bestehenden Verdacht, an einer Verabredung zur Begehung von Sprengstoffanschlägen beteiligt gewesen zu sein, nach den bisherigen eingehenden Ermittlungen nicht mehr als so dringend, daß eine weitere Festhaltung geboten erscheint.

Auf die von Herbert Plaag gegen den ablenkenden Beschluß der dritten Strafkammer des Landgerichts I eingelegte weitere Beschwerde hat der dritte Strafsenat des Kammergerichts den gegen Plaag erlassenen Haftbefehl aufgehoben. Gegen sämtliche in dieser Angelegenheit aus der Untersuchungsart Entlassene besteht jedoch der Tatverdacht. Die Untersuchung nimmt ihren Fortgang. Zurzeit befinden sich noch 14 Personen in dieser Sache in Untersuchungshaft.

Hoover und die Dapinschrift.

Schärfste Mißbilligung.

— New York, 20. Oktober.

Präsident Hoover beurteilte in einer Pressebesprechung mit aller Schärfe die Inhaftierung Warrens an der Bibliothek in Löwen: „Herbst durch deutsche Wut.“

Der Präsident erklärte wörtlich: „Ich und alle, die mit mir zusammen mit der amerikanischen Sache für die Wömer Bibliothek verbunden sind, wünschen ausdrücklich, sich Einverständnis mit der Handlung Warrens abzulehnen, die in der vorliegenden Inhaftierung am Bibliotheksgebäude besteht.“

Hoover unterstrich dabei, daß fast das gesamte Geld für die Wömer Bibliothek von Amerika angebracht worden sei und 70 v. H. davon durch den Anschlag, an dessen Spitze er selbst liegt. Der Leiter der Unterhaft hätte vor drei Jahren mit seiner, Hoovers, ausdrücklichen Genehmigung die Deutschland verleiende Inhaftierung abgelehnt.

Chauvinisten am Werk.

Ein nationaler Ausschuss gegen die Rheinländerdrängung.

— Paris, 20. Oktober.

Ein nationaler Ausschuss gegen die Rheinländerdrängung und gegen den Verzicht auf das Saargebiet hat sich unter dem Vorsitz des französischen Generals Morbac gebildet. In dem Gründungsprotest heißt es u. a.: Der Ausschuss wurde angeleitet der gefährlichen Lage und der verheerenden Folgen einer Verzichtspolitik, die das Gleichgewicht des Staates bedrohe, alle Mittel ergreifen, um die Interessen des französischen Staates zu wahren.

Auch der ehemalige Frontkämpferbund in Rantere hat eine Entschädigung gefordert, in der er auf das befristete gegen die Heraushebung der deutschen Reparations-Zahlungen, die Rheinländerdrängung und die Rückgabe des Saargebietes protestiert und den Hauptanspruch des französischen ehemaligen Frontkämpferbundes in Paris bittet, die Frage zu prüfen, in welcher Form man der Regierung und den Unterhändlern mitteilen könne, daß sie für die verheerende Politik verantwortlich gemacht würden, die das Land auf das schwerste bedrohe.

Aus der Heimat und dem Reich.

Kemberg, den 21. Oktober 1929

Es wird auch an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Versammlungen des Jungmädchervereins mit Mittwoch dieser Woche abends 8 Uhr wieder beginnen und zu zahlreicher Beteiligung herzlich eingeladen, sie finden statt im Jugendheim in der Schule. Die betr. Eltern und Dienstherren werden im Interesse der Sache herzlich gebeten, die jungen Mädchen hierzu zu entfenden.

Führerheim für Kleinfahrer? Die Deutsche nationale Fraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der im Hinblick auf die sich häufenden täglichen Verkehrsunfälle auf dem Straßen eine Verringerung des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen dahin verlangt, daß die Ausnahmevorschrift für Kleinfahrer aufgehoben wird und diese den gleichen Bedingungen wie die übrigen Kraftfahrzeuge, insbesondere hinsichtlich der Führerheimpflicht, unterworfen werden.

Kriegsgeschichte des Reg. Inf. Regt. 72. Die Geschichte des ehemaligen Reg. Inf. Regt. 72 befindet sich im Druck und erscheint in ca. 3-4 Wochen im unten genannten Verlag. Das Buch wird enthalten ca. 160 Bilder, vor allem von unseren gefallenen Kameraden, Ueberführungen und Gefechtsfotos, ernste und feierliche Schilderungen, die vielen Kameraden die eigenen Gefährnisse wieder zurückrufen. Am Schluß des Buches ist ein namentliches Verzeichnis sämtlicher Gefallenen des Regiments aufgeführt, sowie Abbildungen des Ehrenmals in Forquau und der im Remter des Magdeburger Domes aufbewahrten Regimentsfahnen. Verfaßt der Regimentsälteste ist Oberst a. D. Händel, der 1914 als Hauptmann und Kompanieführer die 1. Komp. ins Feld führte und im weiteren Verlaufe des Krieges als Kapitän und Regt.-Kommandeur regen Anteil an den Geschicken des Regts. genommen hat. Der Verkaufspreis des Buches wird ca. 10,75 RM betragen, zuzüglich Porto und Verlagsbeitrag. Der Versand erfolgt unter Nachnahme. Sollte Zeitabgabe erwünscht sein, so ist der Verlag gerne bereit, den Wünschen aller Kameraden weitgehendst Rechnung zu tragen. Bestellungen nimmt entgegen: Verlag Bernhard Sporn, Zehlendorf (Zehl.).

Ein Weibschäfer-Bücherpender der Gesellschaft für Literatur. Aus Anlaß ihres jährigen Bestehens wurde die Gesellschaft für Literatur in Hamburg durch einen Freund ihrer Arbeit in die Lage versetzt, eine namhafte Bücherpende zu verteilen, deren Vorteile in erster Linie leistungsfähigen selbstbildenden Einrichtungen, wie Volkshochschulen, Schulen, Bildungsverbänden, aber auch für Fortgeschrittenen, Studenten, Wohlfahrtsverbänden, Heimen und Anstalten aller Art zugute kommen sollen. Um eine rechtzeitige Verteilung zum Weibschäferfest zu ermöglichen, wird schon jetzt ersucht, Anträge auf Zuteilung möglichst umgehend zu richten an die Gesellschaft für Literatur, Hamburg 8, Hopfenstraße 6.

Torgau. Das Schwurgericht verhandelte erneut gegen den am 26. November v. J. wegen Verbrechens gegen § 218 St.-G.-B. in zwei Fällen zu 1 Jahr 3 Monate verurteilten Maurer Hermann Goese aus Lubitz. Das Verurteilte hatte das erste Urteil aufgehoben und gerügt, daß nicht eine fortgesetzte Handlung des Angeklagten angenommen worden war. Inzwischen hatte Goese sich auch anders überlegt und verurteilte in der neuen Verhandlung in einem Falle einen Kembergner Arzt zu bestrafen. Er verurteilte nicht nur dadurch seine Lage. Den anderen Fall tritt er ab, wurde dann aber durch den Tagessellen Paul J. aus Lüben schwer belastet. J. war vor Jahren

Gloria wirft den Dettel zu und trägt den Holzstaken an seinen Platz zurück, während Lotte den Umhängel öffnet und den darin enthaltenen Zettel liest. „Als sie wieder an den Tisch zurücktritt, farrt er noch immer stumm auf die wertigen Worte.“

Sein Antlitz ist sehr bleich und trägt einen unruhig jugendlichen Ausdruck. Erst nach einer Weile blüht er auf und sieht Gloria verdutzt an.

„Bist du ganz fieser, daß dieser Zettel wirklich derselbe ist, den — man dir einst mitgab?“

„Marie behauptet es. Warum fragst du?“

Er fährt sich über die Stirn.

„Ich weiß es selbst nicht — er kommt mir so — seltsam vor — willst du ihn nicht wieder wahrhaben?“

„Nein, ich mag ihn nicht sehen. Es tut so weh, zu denken, daß eine Mutter das schreiben und — so handeln konnte.“ antwortet sie mit zuckenden Lippen.

„Darauf ist ihm dann besahen?“

„Gern. Ich bin froh, wenn er fort ist.“

Vott schließt den Umhängel in seine Brusttasche. Es ist etwas Zerstreutes, Unwesentliches in seinem Tun. Dann rafft sich gewaltig auf, und Gloria schlaf herabhängende Hand erfassend, zieht er den Brillenring von seinem feinen Finger und steckt ihn ihr an den Ringfinger.

Als sie erschrocken abwehren will, sagt er leidenschaftlich: „Nein, du darfst ihn nicht zurückweifen. Es ist der Brautring, den ich dir heute anziehen wollte in selbigem Glanz. Du hast es anders gesehnt — für mich aber bist und bleibst du meine geliebte Braut — daran soll der Ring dich stets erinnern. Und ich liebe nicht Ledebwohl, sondern nur „Hedersleben, Gloria!“

Ein heißer, wilder Kuß brennt auf ihren Lippen, dann ist sie allein.

Die Frau Kathi nach einer Weile vorsichtig den Kopf zur Tür hinlenkend, findet sie Gloria vor dem Sofa sitzend und liegend, den Kopf in die Kissen gedrückt, in mildem, schlafähnlichem Wachen.

Erzählungen eilt sie zu ihr. „Mein Sonnenchein — aber um Gotteswillen, Gloria!“ (Fortsetzung folgt.)



Roman von Erich Ebenstein

46. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Wer ist das? Sage mir wenigstens, was du vorhast, und wo meine Gedanken dich suchen können!“

Gloria streicht sanft über dein locktes Haar.

„Nein, Lieber. Die Verurteilung, mich aufzufuchen, wäre dann zu groß, und das würde uns beiden nur nutzlose Qual schaffen. Such mich in Gedanken bei den Blumen, wo wir einst so glückliche Träume spannen! Ich werde immer Blumen um mich haben, wo ich auch sein mag.“

Ein trodenes Schlagen erschüttert seinen Körper.

„Gloria — ich werde noch einmal mit meiner Mutter sprechen. Wenn sie — ich — wenn sie dich als Tochter an ihr Herz nehmen und dir ihr Haus öffnen würde, dann — Gloria, dann, verpfl ich mir, wirst auch du nur noch auf dein Herz hören, nicht auf die Vernunft!“

Gloria lächelt traurig.

„Ja, Lieber, aber dieses „Dann“ wird niemals kommen.“

„Daß mir wenigstens die Söhnung darauf! Dann noch eines, Gloria. Wenn wir schon notwendig scheiden sollen — so gib mir wenigstens ein Andenken an dich mit! Etwas, das dir lieb ist und das du im Gebrauch hastest bis jetzt!“

Schweigend tritt Gloria an die alte Kommode, die in einer Ecke steht, und zieht das oberste Fach auf, dem sie eine Holztafel entnimmt.

Sie trägt sie an den Tisch und öffnet den Deckel. Das Licht der Lampe fällt auf allerlei Kleinigkeiten, wertlose Schmuckstücke, Photographien, Bänder und verschiedene Erinnerungsgegenstände. Darauf liegt der Briefumschlag mit dem Zettel und der römischen Münze, die Marie ihr übergeben hat.

Nachdem sie es beiseite und framt in der Kaffette.

„Hier vermagst ich alles, was ich außer Kleidern und Wäsche besitze.“ sagt sie, „und etwas ist darunter, das dir vielleicht Freude macht.“

Sie zieht ein Blatt heraus, das zu unterst liegt und genau der Größe der Kaffette entspricht. Es ist ein hübsch gemaltes Aquarell, das den Sonnenwägen im Stummengarten in seinem lustigsten Sommerdort stellt.

„Ich habe es selbst gemacht, damals, als wir mit der Neuanlage fertig waren. Natürlich bin ich keine Künstlerin, und du mußt also Nachsicht haben. Aber darauf kommt es nicht an, wie es gemacht ist, sondern nur, daß es eben für dich eine Erinnerung bilden soll. Hier links ist, wie du siehst, die Apseltaupe, worin du mich damals im Schatz hinterstelltest, und rechts steht das Glashaus, wo wir —“

„Einerder unsere Liebe gefunden.“ hatte sie sagen wollen, aber die Erinnerung an diese Stunde übermannt sie so heftig, daß sie sich verstimmt abwendet, um ihre Bewegtheit zu verbergen.

Vott unarmt sie stumm. Auch er vermag kaum zu sprechen.

„Ich danke dir — nichts Teureres hättest du mir geben können!“

Gloria räumt die anderen Gegenstände mit bebenden Händen in die Kaffette und will den Deckel wieder schließen.

Da bemerkte Vott den vorhin achlos auf den Tisch geworfenen Briefumschlag.

„Warte — hier ist noch etwas!“

Glorias Antlitz verfinstert sich.

„Ich — das!“ sagt sie wegwertend. „Ich weiß eigentlich nicht, wozu ich das aufbewahren soll.“

„Was ist es denn?“

„Das Geleitwort, das eine letzte Mutter ihrem armen, rechtlosen Kind mit auf den Lebensweg gab!“

„Gloria? — Es ist doch deine Mutter, und wenn du sie auch nicht kennst.“

„Ich — gott! — ich kenne sie nicht und würde es auch niemals wagen!“ unterbricht sie ihn heftig.

„Darauf ist den Jungel lesen?“

„Selbstverständlich.“

Aufruf!

An das deutsche Volk! Deutsche heraus zum Freiheitskampf!

Die Reichsregierung hat dem Antrag des Reichsausschusses auf Zulassung des Deutschen Volksbegehrens entsprechen müssen. Die **Gesetzmäßigkeit** unseres Vorgehens ist somit von der Reichsregierung ausdrücklich **anerkannt**. Sie hat nunmehr die **verfassungsmäßige Pflicht**, bei der Durchführung des Volksbegehrens die **Meinungsfreiheit aller Deutschen**, einschließlich der Beamten, zu schützen.

Der Einzeichnungstermin ist auf die Zeit vom 16. bis 29. Oktober festgesetzt worden.

Seht kommt es darauf an, die für das Volksbegehren notwendige Stimmenzahl von 4,2 Millionen nicht nur zu erreichen, sondern weit zu übersteigen. **In dieser Stunde wenden sich die unterzeichneten Vereine, Verbände, Parteien, Bewegungen an die gesamte Einwohnerschaft.** Deutsche, wollt Ihr zulassen, daß der feierliche Widerruf der Kriegsgeldblühe entgegen dem ausdrücklichen Willen unseres Reichspräsidenten dem Auslande noch länger vorenthalten wird?

Deutsche, wollt Ihr **troz** der Arbeitslosigkeit, **troz** unserer Verschuldung, **troz** der Not der Landwirtschaft und aller schaffenden Arbeit, **troz** der Überfremdung der gesamten Wirtschaft, **troz** der Armut des Mittelstandes, **troz** des Glens der Ärmsten unter den Armen dem Feinde noch weitere Tribute von Milliarden bezahlen?

Deutsche, wenn Ihr das **nicht** wollt, **so tragt Euch in die Einzeichnungslisten ein für das Deutsche Volksbegehren**, die in jeder Gemeinde ausliegen!

Lacht Euch nicht durch die Lauen und Feigen einschüchtern!

Nach zehnjähriger Knechtschaft **muß das deutsche Volk der Welt endlich zeigen, daß es sich nicht mehr als Sklave behandeln lassen will.**

Deshalb:

Heraus zum Freiheitskampf!

Deutschnationale Volkspartei. Landbund, Ortsgruppe Kemberg. Landwirtschaftlicher Verein von Kemberg und Umgegend. Krieger-Verein, Kemberg. Krieger- u. Landwehr-Verein, Kemberg. Verein ehem. Jäger und Schützen von Kemberg und Umgegend. Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten Ortsgruppe Kemberg.

Donnerstag, den 24. Oktober,
abends 8 Uhr im Hotel „Blauer Hecht“

Öffentliche Versammlung

Kapitänleutnant a. D. Donnevert-Bitterfeld
spricht über das Thema

Kriegsschuldfrage-Youngplan

Wir laden hierzu alle deutschdenkenden Einwohner von Kemberg und Umgegend herzlich ein

Freie Aussprache

Der Ortsausschuß für das Volksbegehren

Für den Abendbrottsch

ff. Bücklinge	Bratrollmops
Schellfische	Bismarckheringe
Lachsheringe	Kronfarbinnen
Bratheringe	Rollmops
Sering i. Gelee	Seelachs

Filetheringe in Majonaise
in Remulade

Gabelrollmops

Appetitssüß — Gabelbissen
Appetitshappen

Sardellen — Delfardinen

ff. Felletheringe Sauer Kohl saure Gurken

Tilsiter-, Emmenthaler-, Limburger-, Harzer-

Käse

empfehlht

J. G. Glaubig



Sie
wünschen

frische Milch-frisches Fleisch-
frische Eier - aber auch frische
Margarine. Mit Recht.

Denn FRISCHE
bedeutet hier alles.

Rama im Blauband bietet
Ihnen die Gewähr für frische
Qualität durch das Datum-
zeichen auf der Packung.



doppelt so gut
1 Pfd. 50 Pfg
mit Garantie-Zeichen für frische Qualität



Magnet

das Kennzeichen
für billig und gut

Ich kaufe meine Waren gemeinsam mit etwa 430 bedeutenden Geschäften aus ganz Deutschland durch die Deutsche Einkaufs-Genossenschaft (D.E.G.) Erfurt-Chemnitz-Berlin ein.

Der **Magnet** ist die Schutzmarke dieses Einkaufverbandes.

Die Schutzmarke **Magnet** bietet zufolge des Großeinkaufs also eine Gewähr für gute Ware und äußerste Preiswürdigkeit.

Wilhelm Weydanz

Blauer Hecht Voranzeige!

Sonntag, den 27. Oktober

Haus-Rirmes

Die Person, die uns Donnerstag nacht unsere neue Pfugfarrne und andere Gegenstände in der Grünlichte geflochten hat, uns namhaft gemacht, ist, wird erlucht, diese Gegenstände wieder an unsere Grundstücke zu schaffen, andernfalls wir gerichtliche vorgehen werden.

Oswald Schmitz, Otto Fritzer
Eulisch

Achtung!

Rindfleischwoche

Fortsetzung der
Verkaufe von morgen Dienstag früh 8 Uhr ab laufend
Rochfleisch à Pfund 0,95 Mt. || Rouladen, Lende 1,40 Mt.
Schmorfleisch 1,25 Mt. || Fische 0,30 Mt.

Martin Kramer Kemberg, Weinbergstraße 21.



Freiw. Feuerwehr
Dienstag, den 22. Ok-
tober, abends 7/9 Uhr
im G. Richterischen
Lokale

Versammlung

Der Oberbrandmeister.

Weißbrot

Zentner 6 Mt.

frisch eingetroffen bei

Emma Reinecke

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. * Oberflächliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mittwoch's Unterhaltungsbogen“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung d.h. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die halbpaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklamzeile 40 Pfg., Ausnahmestrich 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Diebergabe unbedingt geschiehener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.- M. das Konting., zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 125

Dienstag, den 22. Oktober 1929

31. Jahrg.

Neues in Kürze.

* Bundeskanzler Brüning sprach in der österreichischen Nationalversammlung über die projektierte Verfassungsänderung, die von den Sozialdemokraten scharf bekämpft wird.

* Der deutsche Außenhandel ist auch im Monat September und zwar mit der Summe von 99 Millionen ohne Reparationsleistungen stark.

* Amerikas Präsident Hoover hat seine kürzeste Mitteilung wegen der Anbringung der Vöneren Hahnschrift ausgesprochen.

* Nach Ansicht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung muß mit einer Erwerbslosenjahre bis zu zwei Millionen im kommenden Winter gerechnet werden.

Oberschlesien von heute.

In Zusammenhang mit der Politik, die gesamten



den nachstehenden Verhältnisse der Wirtschaft über die letzten Jahre der letzten Jahre in der Wirtschaft zu den Verhältnissen in der Weltwirtschaft nationaler Wirtschaft, auf dem schnellsten Wege möglichst alle Beziehungen und Verbindungen des polnischen Gebietes mit Deutschland zu lösen. Es erreichte durch einen rigorosen Zwang zur Entlastung deutscher Arbeitskräfte in kurzer Zeit, daß man von einer deutschen Inflation in Ost-Oberschlesien nur noch bedingt sprechen kann.

Auf beiden Seiten der Grenze sind es besonders die Eisen- und Zinnindustrie, die durch den Trennungsschnitt in ihrem Lebensenergie getroffen wurden. Besonders charakteristisch für den Widerstand dieser Grenzgebiete ist die Lage der an Polen gefallenen Kohlengruben. Polen hat für die Gesamtförderung dieser Gruben mehr Verwendungen noch Möglichkeiten. Deutschland wurde daher gezwungen, einen großen Teil der Förderung dieser Gruben für eine Reihe von Jahren abzunehmen. Jetzt verläßt Polen, im Rahmen der schon seit Jahren geführten deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen von Deutschland die Zufuhr der Abnahme eines jährlichen Kohlenkontingents bis zu 6 Millionen Tonnen zu erreichen, obwohl Deutschland nach Neuorganisation des westerschlesischen Kohlengebietes dafür keinerlei Verwendung hat. Auch für die übrigen oberflächlichen Industrien, wie die Zement-, Kalk-, keramische Holz- und Papierindustrie hat der Grenz Schnitt überaus nachteilige Folgen gehabt. In gleicher Weise wurden die Handelsbeziehungen Oberschlesiens durch die Teilung betroffen. Beiden Teilen des oberflächlichen Gebietes wurde durch die Grenzsetzung das Hinterland genommen. Die Stadt Beuthen z. B. ist jetzt von drei Seiten von polnischen Ausland eingeschlossen und dadurch in ihrer wirtschaftlichen Beweglichkeit völlig bedrängt.

Daneben hat dieser Grenz Schnitt verkehrsrechtlich ebenfalls katastrophal gewirkt. Durch die neue Grenze wurden nicht weniger als 16 Haupt- und Nebenstraßen, 9 Eiten der Schmalspurbahn und 6 Privatanschlußgleise durchschnitten. An einer Stelle teilt die Grenze ein Gleispaar mitten durch, so daß es für beide Teile unbrauchbar ist. Umfangreiche Erweiterungsbauten, Gleisumlegungen, bauliche Neuanlagen mußten durchgeführt werden. Ein Kapitel für sich bildet dabei die Korridorfrage. Von der Komplexität und wirtschaftlichen Widerinnigkeit der neuen Grenze kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß auf einer Länge von 95 Kilometern die

Grenze nicht weniger als 61 Zollämter mit 470 Beamten aufweist, während zur Bewachung der früheren deutschen Reichsgrenze gegen Polen in einer Ausdehnung von 3,15 Kilometer 21 Zollämter mit 100 Beamten genügt. Die durch die Zerstückelung der oberflächlichen Wirtschaft herbeigeführten Schwierigkeiten wurden noch durch den ungeheuren Zustrom von Flüchtlingen vergrößert, die durch fortgesetzte Terrorakte der Polen ihre ost-oberflächliche Heimat verlassen mußten und im deutsch gehaltenen Gebiet die Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit noch vergrößerten.

Auch den Polen bereitet der ihnen zugefallene Teil Oberschlesiens keine reine Freude. In den ersten anderthalb Jahren ging es zwar der ost-oberflächlichen Wirtschaft infolge der deutschen Inflation und des starken Bedarfs Deutschlands wegen der Abschöpfung seiner reichsten Kohlen- und Eisenquellen wie auch als Folge der Ruhrbelegung und in Auswirkung der Genfer Konvention über das Sonderrecht einer dreijährigen zollfreien Einfuhr nach West-Oberschlesien ganz gut. Als Deutschland aber seine Ratutriebe überwinden hatte und von 1924 ab seine Wirtschaftsverhältnisse festigte und die zollfreie Einfuhr polnischer Produkte mit dem 14. Juni 1925 aufhörte, trat der Zusammenbruch der ost-oberflächlichen Wirtschaft mit geradezu katastrophalem Ernst ein. Arbeiterentlohnungen und Betriebsstilllegungen waren die Folge, da die Kaufkraftmangel der polnischen Märkte äußerst gering blieb. Der restliche Zusammenbruch konnte nur durch die Zuzugnahme ausländischer Kapitals und Ueberführung zahlreicher Werke in ausländische Hände verhindert werden.

Wenn sich der Gedanke der Liquidierung der Kriegsschulden allgemeiner durchsetzen sollte, dann müßten die Staatsmänner der führenden Mächte Europas sich in erster Linie mit der Frage beschäftigen, auf welchem Wege das vor acht Jahren beschlossene Übereinkommen zwischen Deutschland und Polen wieder gutgemacht werden kann.

„Anfachlicher und persönlicher Angriff“.

Der Reichspräsident gegen den Paragraphen 4 des Volksbegehrens.

— Berlin, 18. Oktober.

Amlich wird mitgeteilt: Im Laufe des heutigen Vortages nahm der Herr Reichspräsident Gelegenheit, den Paragraphen 4 des Volksbegehrens, welcher Reichsminister und Reichsminister, die den Vorschlag der Landesverträge abzuschließen, unter die Befugnisse des Landesvertrages stellt, als einen unzulässigen und persönlichen politischen Angriff zu bezeichnen, den er gebührend und verurteilt. Der Herr Reichspräsident ermahnte den Reichspräsidenten, hiermit den Mitgliedern des Reichstages Kenntnis zu geben.

Bekanntlich war von Gegnern des Volksbegehrens gerade dieser Paragraph auch als gegen die Person des Reichspräsidenten gerichtet bezeichnet worden, worauf der Reichspräsident sich voransetzt hat, den Sinn durch Einfügung des Wortes „denn“ dahin abzuändern, daß der Landesverrat nur Reichsminister und die von dem Bevollmächtigten betreffen sollte. Im Hinblick auf obige Erklärung Hindenburgs wird mitgeteilt, der intrigierte Paragraph beziehe sich nur auf die Zukunft, aber nicht auf die Vergangenheit, er stelle keineswegs Anklagen unter Strafe, die bereits abgeschlossene Verträge getätigt hätten.

Eine ernste Mahnung.

Präsident Kaas über die politische Lage.

— Dortmund, 19. Oktober.

In einer großen, fast besetzten öffentlichen Versammlung sprach der Vorsitzende der deutschen Zentrumspartei, Prälät Kaas, über die politische Lage. Die Gedankengänge seiner Ausführungen, die wichtigsten Grundprobleme der inneren und außenpolitischen Gegenwartverhältnisse behandelnden Rede sind im wesentlichen folgende:

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dann steht uns ein Winter von tiefsten Spannungen und heißen politischen Kämpfen bevor.

Statt uns in einer Phase bewusster Einigungsbestrebungen zu finden, trifft er uns in einem Zustand innerer Zerrissenheit und Zerstückelung, wie wir ihn seit Jahren in diesem Lande erlebt haben. Charakteristisch ist der Umstand, daß wir uns in diesem Lande nicht nur in der Verantwortung der Regierung, sondern auch in der Verantwortung der Regierungsgeschäfte mit ihnen befinden. Zu diesem Zweck muß jede in der Regierung vertretene Partei

den Mut zur Sachlichkeit und Unparteilichkeit

weiter entwickeln, als es beispielsweise die Sozialisten in der jüngsten Vergangenheit getan haben. Vieles hat auch die Deutsche Volkspartei die Folgen aus ihrer Regierungsbeteiligung nicht immer großartig gesehen. Das Unbefriedigende dieses Zustandes wird verhärtet durch die

Daltung der logananten nationalen Opposition und durch die Verfeinerung, in die sie durch den „Aurs Hugenberg“ geraten ist.

Die Zentrumspartei hat in klarer Erkenntnis ihrer unerschütterlichen Pflicht sich entschlossen, trotz harter kritischer Einstellung in den Einzelheiten ihre positive und entschlossene Mitarbeit zur Verfügung zu stellen.

Wir halten es für ein unbedingtes Erfordernis einer nicht zu ferneren Zukunft, Sicherungen dafür zu schaffen, daß die verantwortliche Arbeit einer einmal gebildeten und durch das Vertrauen des Parlaments befristeten Regierung nicht durch jeden Stimmungswechsel

innerhalb der Regierungsparteien gebremst wird. Durch das Volksbegehren hat der Kampf um das Ergebnis von Paris und vom Haag allmählich Formen angenommen, die für den inneren Zusammenhalt des deutschen Volkes und eine wahrhaft nationale Aufbauarbeit verfeindend wirken müssen. Wie kann man glauben, die außenpolitischen Chancen seines Volkes dadurch zu verbessern, daß man in vielfach belebiger, ja höherer Sprache die überwindende Mehrzahl dieses Volkes in seiner nationalfeindlichen Gefinnung anweist und ihm befeiehlt, daß es sachlich den Tatbestand des Landesvertrages vertritt?

Ein Kreuzweg ist das vergangene Jahrzehnt gewesen, aber kein Strieg.

Die Liquidation des Krieges ist im Gange, aber noch nicht beendet; wesentlich Restarbeiten sind noch zu liquidieren. Ich denke dabei vor allem an die deutsche Saar. Eine schnell entschlossene Geiste würde dem Gedanken einer positiven und weit ausgreifenden deutsch-französischen Zusammenarbeit Impulse geben, deren Nachhalligkeit niemand unterzählen kann.

Beamter und Volksbegehren.

Das Disziplinarverfahren gegen Bierbach eingeleitet.

— Berlin, 19. Oktober.

Wie von zukünftiger Stelle mitgeteilt wird, wird gegen den Regierungsrat Bierbach in Düsseldorf, der hinreichend verdächtig erscheint, die ihm durch sein Amt auferlegten Pflichten verlegt zu haben, auf Grund des Begehres über die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Entlassung aus dem Amte eingeleitet und gleichzeitig auf Grund des Disziplinarbegehres die sofortige Suspendierung vom Amt verfügt. Ein entgegenstehender Erfolg ist vom preußischen Innenminister Gregelin und vom Finanzminister Höpfer-Mischoff, der in diesem Falle mit zuständig ist, dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf übermittelt worden.

Regierungsrat Bierbach hatte einen Aufruf für das Volksbegehren unterschrieben.

Eine neue Gefahr.

Der kommende Winter und die Erwerbslosennot.

— Berlin, 20. Oktober.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat festgestellt, daß in diesem Winter durchschnittlich mit 1,65 Millionen, wahrscheinlich sogar mit 1,8 Millionen Arbeitslosen gerechnet werden muß.

Diese peinliche Mitteilung läßt nun unwillkürlich daran denken, daß bei der Arbeitslosenerhebungen immer nur als Höchstgrenze der Erwerbslosen im Winter die Zahl von 1,1 Millionen genannt worden war, auf der sich dann auch die vorgelegene Zahl von 68 Millionen Reichsbarren für die Reichsanstalt aufbaute. Es werden also ganz erhebliche höhere Anforderungen an den schwachen Staatshaushalt gestellt werden müssen, und es erhebt sich drückend die Frage, ob die heute genannte größere Zahl von 250 Millionen überhaupt genügen wird.

Diese Situation, die noch beträchtlich verschlimmern kann, gibt allen zu denken, die an der Arbeitslosenreform gearbeitet haben, und sie läßt erkennen, daß

der Abbau der Versicherung

viel zu milde und oberflächlich gebandhabt wurde. Auch wenn der Reichstag sich entschließen sollte, die einhundertprozentige Erhöhung der Beiträge vorzunehmen, kann das Reich nicht weitlich entlastet werden.

Denn diese Erhöhung kommt für alle Fälle zu spät. Man hat aber noch eins zu erwägen: Die Wirtschaftslage ist in diesem Winter unbedingt schlechter als im Vorjahre.

Die Konjunktur geht rückwärts.

Man hat aber noch eins zu erwägen: Die Wirtschaftslage ist in diesem Winter unbedingt schlechter als im Vorjahre. Die Konjunktur geht rückwärts. Man hat aber noch eins zu erwägen: Die Wirtschaftslage ist in diesem Winter unbedingt schlechter als im Vorjahre.

Die gesamte Reformarbeit, die den Arbeitslosen entgegensteht, die Ueberbrücke aus dem Youngplan, alles wird von dem jetzigen Reichstag der Reichsanstalt und den Arbeitslosen aufgegeben. Ich bin vielmehr über die Lage, um wirkliche Reformen durchzuführen oder gar Steuern abzubauen. Als ob man das aber nicht schon in diesem Frühjahr hätte übersehen